

*Bachelorarbeit*

**Adrian Schiebe**

# **Überhangmandate**

---

**Ein Problem des deutschen  
Bundestagswahlrechts**

**Bachelor + Master  
Publishing**

**Schiebe, Adrian: Überhangmandate: Ein Problem des deutschen Bundestagswahlrechts, Hamburg, Bachelor + Master Publishing 2013**

Originaltitel der Abschlussarbeit: Das Problem der Überhangmandate: Zwischen Verzerrung der Stimmabgabe und Bestandteil eines funktionierenden Systems

Buch-ISBN: 978-3-95549-093-5

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95549-593-0

Druck/Herstellung: Bachelor + Master Publishing, Hamburg, 2013

Zugl. Leibniz Universität Hannover, Hannover, Deutschland, Bachelorarbeit, Juli 2012

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Bachelor + Master Publishing, Imprint der Diplomica Verlag GmbH  
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg  
<http://www.diplomica-verlag.de>, Hamburg 2013  
Printed in Germany

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Das deutsche Wahlsystem .....</b>	<b>3</b>
2.1    Entstehungsgeschichte .....	3
2.2    Elemente des Wahlsystems .....	5
2.2.1    Wahlkreiseinteilung .....	5
2.2.2    Wahlbewerbung .....	7
2.2.3    Stimmgebung .....	8
2.2.4    Stimmenverrechnung .....	9
2.3    Ein Vergleich zu den Bundesländern .....	13
<b>3. Das demokratische Wesen im Wahlrecht.....</b>	<b>15</b>
3.1    Die Wahlrechtsgrundsätze .....	15
3.1.1    Allgemeines Wahlrecht.....	16
3.1.2    Gleiches Wahlrecht.....	16
3.1.3    Geheimes Wahlrecht.....	17
3.1.4    Direktes Wahlrecht .....	18
3.2    Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.....	19
<b>4. Einfluss auf die Systemfunktionalität .....</b>	<b>24</b>
<b>5. Die Interessen der Akteure .....</b>	<b>28</b>
5.1    Die Wählerschaft.....	28
5.2    Die Parteien.....	30
<b>6. Fazit.....</b>	<b>33</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>35</b>

## 1. Einleitung

Am 3. Juli 2008 erklärte das Bundesverfassungsgericht Teile des Bundeswahlgesetzes, welches bei der Bundestagswahl 2005 zur Anwendung kam, für verfassungswidrig und forderte den Gesetzgeber auf, eine verfassungskonforme Änderung bis zum 30. Juni 2011 vorzunehmen (vgl. BVerfG 2008). Durch diese Entscheidung wurde eine Debatte um eine mögliche Wahlrechtsreform angestoßen. Sie warf eine breite Spanne von möglichen Reformzielen auf. Die Ziele reichten von einer Systemreform, über kleine Reformen von Teilen des Wahlrechts bis zu lediglich kleinen Änderungen am Wahlsystem. Es entstand erneut eine Diskussion darüber, ob für Deutschland ein Mehrheitswahlrecht nicht besser sei<sup>1</sup>. Bei den im Bundestag vertretenen Parteien beschränkte sich der Diskurs auf eine Reform der Überhangmandate, auf der Oppositionsseite, und einer Behebung des negativen Stimmgewichts, durch eine kleine Wahlrechtsreform, auf der Regierungsseite<sup>2</sup>.

Die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist konnte im Gesetzgebungsprozess nicht eingehalten werden. Mit Verspätung beschloss die Koalition von Union und FDP im November 2011 das Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz um die geforderte Reform umzusetzen (vgl. Bundesgesetzblatt 2011). Dieses Gesetz wurde dann allerdings beim Bundesverfassungsgericht auf seine Verfassungskonformität hin überprüft, weil angenommen wurde, dass das Wahlrecht dadurch immer noch gegen das Grundgesetz verstoße (vgl. BVerfG 2012a) und im Juli 2012 als verfassungswidrig eingestuft (vgl. BVerfG 2012b). Daher bedürfen Überhangmandate weiterhin einer kritischen Betrachtung, denn ihre Handhabung ist der wesentliche Streitpunkt bei der Erarbeitung eines verfassungskonformen Wahlrechts. Überhangmandate sind eine Besonderheit der personalisierten Verhältniswahl und ihre Wirkung auf das politische System gilt es zu untersuchen. Durch sie erhöht sich die Abgeordnetenzahl des Parlaments und wenn diese Zusatzmandate einer Partei nicht ausgeglichen werden, verändern sich die Sitzverhältnisse der Fraktionen zueinander.

---

<sup>1</sup> diese Debatte wird hier nicht weiter aufgegriffen, zur Reformdebatte siehe auch ZPol Sonderband 2009 – Wahlsystemreform

<sup>2</sup> siehe Deutscher Bundestag Drucksachen (17/4694), (17/5895), (17/5896) und (17/6290)

Um sich mit Überhangmandaten kritisch auseinander setzen zu können, bedarf es einer Betrachtung des Systems und der Eigenheiten von Überhangmandaten. Dazu muss analysiert werden, wie diese Mandate entstehen und welche Auswirkungen sie auf die Verhältnisse und die politischen Prozesse haben. Nach dieser Analyse kann das Entstehen von Überhangmandaten hinsichtlich verschiedener Aspekte bewertet werden. Die Auswirkungen müssen von einem Gesichtspunkt der Systemkonformität und -funktionalität, aus der Sicht der Wähler und Wählerinnen sowie aus machtpolitischer Perspektive der Parteien betrachtet werden. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit Überhangmandate den Willen der Wählerschaft verzerren. Es stellt sich auch die Frage, ob das System trotz dieser Problematik funktioniert oder die über den Proporz hinaus erreichbaren Wahlkreismandate ein zu großes potentiell Risiko innehaben.

Zunächst bedarf es einer Beschreibung der Gegebenheiten des deutschen Wahlsystems. Damit soll dann beantwortet werden können, welche Eigenheiten und Grundsätze in Deutschland bezüglich der Bundestagswahl vorliegen. Die historischen Umstände bei der Entstehung des Wahlsystems üben, wie die technischen Elemente, einen Einfluss auf die Bewertung und das Auftreten von Überhangmandaten aus. Dazu kann dann ein Vergleich zu den Wahlsystemen der Bundesländer gezogen werden. Eine genauere Betrachtung der Wahlgrundsätze ermöglicht die rechtliche Verortung von Überhangmandaten. Durch das Hinzuziehen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts kann sich somit eine Verfassungskonformität erschließen lassen. Die Funktionalität des politischen Systems, bei Mehrheitsverschiebungen durch Überhangmandate, kann durch eine kurze empirische Analyse der Bundestagswahlergebnisse überprüft werden. Der Effekt der Verzerrung bei der Stimmabgabe und die Komplexität des Wahlsystems mit der Wahlentscheidung der Wähler und Wählerinnen lassen sich in Verbindung bringen. Daraus kann beurteilt werden, ob die Erfüllung ihrer Interessen durch das Wahlsystem gegeben ist. Die Gesetzesentwürfe der Parteien lassen Rückschlüsse auf die machtpolitischen Ziele der einzelnen Akteure im Bundestag zu. Die Reformansätze der Parteien und die Interessen des Wahlvolkes ermöglichen einen alternativen Ausblick auf das Wahlsystem. Letztlich soll somit eine Beurteilung von Überhangmandaten bei Bundestagswahlen in Deutschland erfolgen.